

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Messen 2 RM. im Monat, bei Lieferung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. jährlich. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** erscheint an jedem Sonntag. Preis 1 RM. 50 Pf. jährlich. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** erscheint an jedem Sonntag. Preis 1 RM. 50 Pf. jährlich. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** erscheint an jedem Sonntag. Preis 1 RM. 50 Pf. jährlich.



Wagenpreis: Die 4-spaltige Raumzeitung 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf., die 2-spaltige Reklamazeile im täglichen Teil 1 Reichsmark. **Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6**

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 282. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: "Amtsblatt" Wilsdruff - Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 5. Dezember 1927

Ueberhitzte Stimmung.

In das innenpolitische Getriebe der letzten Tage platzte der ernsthafteste Brief, den der Vorsitzende des Rechtsausschusses, der von allen Parteien außerordentlich hochgeschätzt wird, Professor Stahl, an den Reichstagskanzler gerichtet hat, und worin er mit würdigem Ernst die Hoffnung und die Mahnung ausdrückt, die Arbeit des Rechtsausschusses an dem neuen Strafrechtbuch nicht zu einer vergeblichen zu machen dadurch, daß der Reichstag aufgelöst wird.

Es ist das Schicksal einer modernen Volksvertretung und nicht zuletzt des Deutschen Reichstages, daß die sachliche Arbeit, die dort geleistet wird, verhältnismäßig in den Hintergrund tritt und nur die amüsanten Szenen, die kühnen Auseinandersetzungen, einen Widerhall im Lande finden. Solch eine sachliche Arbeit ist aber in erster Linie das neue Strafrecht, das ja nicht für heute und morgen beschlossen wird, sondern das auf ganze Geschlechter hinaus in Kraft bleiben soll. Da wird es wichtiger, daß in sorgfamer Arbeit dieses Recht gestaltet und geregelt wird; wichtiger ist dies als jedes parteipolitische Manöver für oder gegen eine Reichstagsauflösung. Denn, wird der Reichstag wirklich nach Hause geschickt, so ist alles, was in den Ausschüssen an Arbeit geleistet worden ist, hinfällig, muß mit allem wieder von vorn begonnen werden.

Was vom Strafrecht gilt, das trifft auch zu für das Reichsschulgesetz. Auch hier tenert man dem Ende der Arbeit in der Kommission zu, wird in sehr absehbarer Zeit das, was dort beschlossen worden ist, dem Plenum des Reichstages vorgelegt werden. Und schon heute läßt es sich sagen, daß der Reichsschulgesetzentwurf zum Gesetz werden wird, daß der Kampf und die Arbeit, die man jetzt fast sieben Jahren an die Neuregelung der Schulgesetzgebung verwandt hat, zu einem positiven Erfolge führen werden. So wird aus diesem Grunde damit zu rechnen sein, daß der Reichstag vorläufig nicht aufgelöst wird.

Größere Schwierigkeiten stehen freilich noch der endgültigen Festlegung der Beamtenbefolgungsreform entgegen. Der Arbeiterflügel des Zentrums selbst ist es, der gewisse Forderungen aufstellt, manchen Bestimmungen des Gesetzentwurfes erheblichen Widerstand entgegensetzt. Und dabei soll, wenn irgend möglich, der Gesetzentwurf bis zum 15. Dezember erledigt sein, damit die Beamten bis zum Jahresende ein Weihnachtsgeld erhalten. Auch darüber wird nun noch zwischen den Regierungsparteien verhandelt — und man hat schon größere Schwierigkeiten überwunden als jene, die sich in letzter Stunde eingestellt haben.

Gegen die Kritik an der Beamtenbefolgung hat sich übrigens auch Dr. Stresemann als Vorsitzender der Deutschen Volkspartei in einer Verammlung in Nürnberg gewandt. Der Minister hat, doch daran zu denken, daß die jetzt bestehenden Gehaltsätze in einer Zeit aufgestellt worden sind, in der man höchste Opfer von der Beamtenenschaft verlangen mußte, und daß man später verabsäumt hat, rechtzeitig einen Ausgleich herbeizuführen. Wenn man eine gute Verwaltung haben will, dann muß man eine entschuldete Beamtenenschaft haben. Man kann der Beamtenenschaft einen Vorwurf nicht daraus machen, daß sie mit dem ihr gewährten Gehalt nicht mehr auskomme. Das Stresemann meint, muß man freilich zwischen den Zeilen lesen. Es ist leider nicht zu bestreitende Tatsache, daß sich die Menge der schuldbelasteten Vergehen in der Beamtenenschaft erschreckend vermehrt und daß dabei die wirtschaftliche Not, keineswegs reichlich oder verbrecherischer Hand, die entscheidende Rolle gespielt hat. Darum ist das Verlangen der Beamten durchaus gerechtfertigt, wenn sie sich auf den Standpunkt stellen, daß es des jetzigen Reichstages Pflicht und Schuldigkeit ist, endlich die so lange hinausgezögerte Reform der Beamtenbefolgung durchzuführen.

Es ist viel Künstliches und Gefährliches an unserer augenblicklichen innenpolitischen Lage. Währt man sich etwas den Lüften, durch parteipolitische Fär oder Widerstand abgelenkten Blick, so muß man doch zu der Erkenntnis kommen, daß wir zurzeit wichtigere Dinge zu tun haben, als einen Wahlkampf zu veranstalten.

Und die etwas überhitzte Stimmung wird sich unter dem Druck der Wirklichkeit auch wieder beruhigen, wenn man nämlich nur davon absieht, wirtschaftliche Dinge politisch zu betrachten oder gar parteipolitisch auszunutzen. Solch eine rein wirtschaftliche Angelegenheit ist zwar nicht das Verhältnis zwischen Stadt und Land, sollte es aber sein. Reichsernährungsminister Schiele, selbst ein Landwirt, hat auf der Generalversammlung des Rheinischen Bauernvereins in Köln voller Stolz darauf hingewiesen, daß auch in weiten Kreisen der Industrie heute die Einsicht immer stärker wird: Nur von der heimatischen Scholle her kann uns wirkliche Hilfe kommen. Nicht politisch soll man diese Dinge betrachten, sondern lediglich als großes nationales Lebensziel, das im übrigen überhaupt kaum erreichbar ist, wenn nicht die Unterstützung der ländlichen Arbeit einer Höherwertung bäuerlichen Wesens Platz macht. Der Minister hat mit diesem Wunsch wirklich einen Punkt berührt, der namentlich dem Großstädter viel zu wenig bedenklich erscheint. Allerdings aus — Unkennt-

Die neuen Abrüstungs-Beratungen im März 1928.

Russenanträge in Genf.

Seitige Abrüstungsdelegation geschlossen. Die Abreise der russischen Delegation bei der Vorberreitenden Abrüstungskommission in Genf war schon gemeldet. Aber Litwinow und Lunatscharski sind geblieben und wollen wahrscheinlich den Beginn der Ratstagung am Dienstag abwarten. Litwinow hat Besprechungen mit dem französischen Vertreter Paul Boncour gehabt und die übrige Zeit zu einem neuen Vorstoß benutzt. Die Sonnabendtagung der Abrüstungskommission begann mit einer äußerst lebhaften Debatte über die Einberufung der Kommission für die zweite Lesung des Einigungsentwurfes zur Abrüstung.

Litwinow führte aus, wenn man jetzt die Einberufung der Abrüstungskommission von der Arbeit des Sicherheitskomitees abermals abhängig machen wolle, so müsse er sich entschieden dagegen aussprechen. Das Sicherheitskomitee beschäftige sich in der Hauptsache mit der Auslegung einer Reihe von Artikeln des Völkervertrages, die für Sowjetrußland als Nichtmitglied kein Interesse hätten.

Litwinow schlug als Datum für die nächste Tagung der Abrüstungskommission den 10. Januar vor und beantragte die Annahme einer Resolution, in der es heißt, daß eine wirkliche Abrüstung die beste Sicherheitsgarantie wäre. Die abschließende Ausarbeitung der Abrüstungsübereinkunft dürfe nicht durch Sicherheitsberatungen verlangsamt werden.

Gegen den russischen Antrag wandte sich der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch. Er erklärte, es handle sich hierbei nicht um eine Frage des Prinzips, sondern lediglich um eine praktische Angelegenheit. Der sowjetrussische Antrag stehe im Gegensatz zu den Beschlüssen der Völkerverversammlung und werfe die gesamten bisher eingetragenen Methoden der Abrüstungsverhandlungen um.

Ansprache des Grafen Bernstorff.

Der deutsche Delegierte Graf Bernstorff führte aus, daß er sich mit der Begründung der Resolution nicht einverstanden erklären könne, weil Deutschland sich zur Mitarbeit in Sicherheitskomitee entschlossen hat, daß ihm auch das Datum des 10. Januar gar zu nahe scheine, daß er aber mit dem Ziele des Antrages einverstanden sei.

Schließlich wurde die Einberufung der Abrüstungskommission zur zweiten Lesung des Entwurfes auf den 15. März 1928 beschlossen. Mit einer kurzen Schlussansprache wurde sodann die Tagung der Abrüstungskommission für geschlossen erklärt.

Die deutsche Delegation hat in der Regel keine rechte Vorstellung davon, welche Miesenwerke die deutsche Landwirtschaft erzeugt und daß diesen gegenüber selbst die Ergebnisse allererster Industrien trotz Weltkrisis und Weltkrise in keiner Weise mithinkommen. Auch hier sollen die Zahlen wirken, die Sachlichkeit das entscheidende Wort sprechen. Und wenn man die innenpolitische Situation von heute unter diesem Gesichtswinkel prüft, dann entleidet man die kleinen innenpolitischen, mit gut gespieltem Ernst behandelten Streitigkeiten ihrer scheinbaren Wichtigkeit.

Stillelegung der deutschen Großeisenindustrie angekündigt.

Ab 1. Januar 1928.

Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller teilt mit:

Nachdem die Gewerkschaften auf ihren außerordentlich hohen Forderungen nach Durchführung des schematischen Achtstundentages, freilich Durchführung der Verordnung vom 16. Juli 1927 bei vollem Lohnausgleich sowie außerdem einer allgemeinen sehr weitgehenden Lohnerhöhung verharren und die bisher geführten Verhandlungen aus diesem Grunde zu keinem Ergebnis geführt haben, haben sich die Werke der westlichen Großeisenindustrie gezwungen gesehen, bei den zuständigen Behörden eine Betriebsstilllegungsanzeige zum 1. Januar 1928 einzulegen. Diese Anzeige soll es den Werken ermöglichen, ihre Betriebe unter Vermeidung eines Arbeitskampfes zum 1. Januar 1928 aus wirtschaftlichen Gründen zu schließen. Im Hinblick auf die mit Sicherheit zu erwartenden Rückwirkungen auf die anderen Bezirke haben sich die übrigen Hüttenwerke Deutschlands diesem Vorgehen angeschlossen.

Schreiben an den Reichsarbeitsminister.

Im Namen der Werke der deutschen Großeisenindustrie hat Herr Ernst Bönsagen dem Reichsarbeitsminister

48. Tagung des Völkervertrages.

Beginn der Verhandlungen. Dr. Stresemann, Briand und Chamberlain sind in Genf angekommen. Das Programm der beginnenden Ratstagung umfaßt 36 Punkte. Die litauisch-polnische Streitfrage ist für Dienstag oder die kommenden Tage in Aussicht genommen. Weiter folgen die Beschwerden wegen der deutschen Minderheitsschulen in Oberschlesien, die Frage der Wehrplatte in Danzig und der Benutzung des Danziger Hafens für die polnischen Kriegsschiffe. Eine Zusammenkunft zwischen Briand und Litwinow war verabredet, der mit Lunatscharski und Stein auf jeden Fall bis Montag und vielleicht auch noch einen weiteren Tag in Genf bleiben wird.

Der stellvertretende russische Außenkommissar Litwinow hat im Völkervertragssekretariat die Konvention gegen den Gas- und Giftkrieg vom 17. Juni 1925 unterzeichnet. Diese Konvention hat bisher die Unterzeichnung von 39 Staaten gefunden, ist aber bisher nur von einer Regierung ratifiziert worden.

Ein französischer Vermittlungsversuch im Interesse einer russisch-englischen Zusammenkunft gescheitert?

London, 4. Dezember. Wie in englischen Kreisen verlautet, soll es nunmehr endgültig feststehen, daß keine Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Litwinow stattfinden wird. In den letzten Tagen war durch Vermittlung eines der maßgebendsten Mitglieder der französischen Delegation in der Abrüstungskommission Dr. Anquetin über Paris an die englische Regierung berichtet worden, ob Chamberlain bereit sein würde, Litwinow in Genf zu empfangen. Der englische Außenminister Chamberlain soll sich hierzu grundsätzlich bereit erklärt haben, jedoch haben einige Mitglieder des englischen Kabinetts Chamberlain veranlaßt, diesem Wunsch Litwinows nicht nachzugeben, da diese Kreise sich von einer Zusammenkunft zwischen Litwinow und Chamberlain keinen praktischen Nutzen versprechen. Aus diesem Grunde soll Chamberlain der französischen Delegation nunmehr mitgeteilt haben, daß er nicht in der Lage sei, Litwinow in Genf zu empfangen. Die Entscheidung hierüber soll erst am Laufe des heutigen Tages auf Grund einer nochmaligen direkten Nachfrage in London erfolgt sein. Man wird gleichwohl eine Bestätigung dieser englischen Lesart abwarten haben.

dies mit nachstehendem Schreiben vom 2. Dezember 1927 bekanntgegeben:

„Sehr verehrter Herr Minister! Ich halte es für meine Pflicht, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Werke, welche Ihnen gemeinsam die Eingabe vom 26. Oktober 1927 überreicht haben, sich genötigt sehen, einen Schritt zu tun, der hoffentlich nur vorbeugend zu sein braucht und den sie gern vermieden hätten. Die Gewerkschaften bestehen nicht nur auf der strikten Durchführung der Verordnung vom 16. Juli bei vollem Lohnausgleich sowie einer ganz ungewöhnlich hohen allgemeinen Lohnerhöhung, sie verlangen vielmehr überdies noch vom 1. Januar 1928 die Einführung des schematischen Achtstundentages für die gesamte eisenverarbeitende Industrie. Auf Grund dieser Sachlage sehen sich die Werke gezwungen, den zuständigen Regierungsstellen zum 3. Dezember die gemäß der Stilllegungsverordnung erforderliche Anzeige zugeben zu lassen, um in der Lage zu sein, ihre Betriebe am 1. Januar 1928 stillzulegen. Dieser Entschluß ist ein Akt der wirtschaftlichen Notwehr, den wir in vollem Bewußtsein der großen auf uns ruhenden Verantwortung und in der Hoffnung unternehmen, durch ihn einen Arbeitskampf mit seiner schweren Schädigung für Staat und Wirtschaft zu vermeiden. Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener gez. Ernst Bönsagen.“

Den Führern der drei Gewerkschaftsrichtungen in Rheinland-Westfalen ist Abschrift dieses Schreibens an den Herrn Reichsarbeitsminister mit folgendem Anschreiben übersandt worden: „Nachdem zu unserem Bedauern auch die heutige Verhandlung keinerlei Klärung über die gemeinsame Stellungnahme der drei Gewerkschaften und keinerlei Verminderung ihrer Forderungen gebracht hat und nachdem gemäß den Ihnen von uns vorgelegten Berechnungen auch in dem günstigsten Falle sich Belastungen für unsere Werke ergeben, die uns vor wirtschaftliche Unmöglichkeit stellen, haben wir uns zu einem Schritte entschließen müssen, über den Sie Näheres aus dem in Abschrift beigelegten Schreiben an den Herrn Reichsarbeitsminister vom heutigen Abend erfahren wollen.“